

2/201/16-2

Hbg.

21.8.93

Wahlprogramm der Hamburger CDU zur Bürgerschaftswahl 1993

Beschluß des Landesausschusses vom 21. August 1993

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	1
Sicherheit für Hamburg	3
Wohnen und Stadtentwicklung	4
Verkehr und Hafen	6
Wirtschaft und Mittelstand	8
Arbeitsmarkt und Qualifizierung	9
Schule	10
Hochschule	12
Umwelt	13
Soziales	15
Drogen	16
Gesundheit	16
Kinder und Jugendliche	17
Frauen	18
Sport	19
Kultur	19
Kommunale Demokratie und Verwaltungsreform	20
Neues Denken für eine solide Finanzbasis	20

Vorwort

Die Demokratie lebt von Erneuerung. Das gilt für alle Länder und für alle Parteien. In Hamburg hat es Erneuerung seit 36 Jahren nicht gegeben. Selten ist ein Land so lange von ein- und derselben Partei regiert worden. Das ist nicht gut für das Land und seine Menschen. Es ist nicht einmal für die Regierenden selbst von Vorteil. Entscheidungsbereitschaft und Kreativität leiden. Alle wichtigen Entscheidungen werden von Senat und SPD Jahr um Jahr hinausgeschoben.

Die Handels- und Verkehrsströme innerhalb des EG-Binnenmarktes und im übrigen Europa erfahren ständig eine neue Orientierung. Der Standort Hamburg ist meistbegünstigt aufgrund seiner zentralen Lage in Nordeuropa zwischen Nord- und Ostsee und der starken Zugänge nach Zentraleuropa zu Wasser und zu Lande. Hinzu kommt, daß die Stadt unmittelbar vor den Gebieten des bisherigen Wirtschaftsbereichs Comecon liegt.

Wirtschaftsplanung und Finanzplanung der Stadt müssen die sich daraus ergebenden Zukunftschancen analysieren und in Perspektiven umsetzen.

Diesen Anforderungen wird der amtierende SPD-Senat nicht gerecht. Sein Regierungsprogramm ist ein Katalog gebrochener Versprechungen. Jeder, der auf die Mithilfe des Staates angewiesen ist, bekommt das besonders zu spüren: Die Wohnungssuchenden, kranke und ältere Menschen. Die Verbrechensflut steigt, die Sicherheit vieler Stadtteile ist nicht mehr gewährleistet. In U- und S-Bahnen müssen die Fahrgäste Gewalt und Vandalismus ertragen. Stadtentwicklung findet nicht statt. Allen Entscheidungen wird ausgewichen, die für die Zukunft und Sicherheit unserer Stadt, für uns und unsere Kinder wichtig sind.

In wirtschaftlich schwieriger Zeit legt die CDU ein realistisches Programm vor, als Grundlage umfassender Erneuerungen.

Wir treten ein

- für eine neue Bescheidenheit im gegenseitigen Verhältnis von Staat und Bürger. Der Staat darf den Bürger nicht überfordern und hat die Individualität zu achten. Die Bürger müssen das Anspruchsdenken gegenüber dem Staat zurückschrauben.
- für eine neue wirtschaftliche Vernunft, die sorgfältiger umgeht mit den natürlichen Ressourcen und der menschlichen Arbeitskraft.
- für die Vollendung der inneren Einheit Deutschlands und das Zusammenwachsen Europas.

Wir werden

- das Netz der Abhängigkeit zerreißen, das die verfilzte SPD über unsere Stadt gespannt hat,
- die steigende Verbrechensflut eindämmen, denn es gibt nichts Wichtigeres als die Sicherheit der Bürger,
- die Wohnungsnot beseitigen,
- den Wirtschafts- und Arbeitsstandort Hamburg sichern,
- ein modernes Bildungssystem schaffen, die Mängel an Schulen und Hochschulen beseitigen,
- den öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen.

Unsere Vision ist Hamburg als Metropole des europäischen Nordens. Für diesen Anspruch brauchen wir Aufbruch und Erneuerung.

Sicherheit für Hamburg

- 1 Die "innere Sicherheit" hat nicht den nötigen Stellenwert in unserer Stadt. Angesichts von Verbrechern, die mit modernsten Mitteln arbeiten, muß die Polizei in die Lage versetzt werden, den Kampf gegen das Verbrechen zu gewinnen. Dazu benötigt sie den Rückhalt der Politik. Den wird ihr die CDU geben. Die CDU wird eine moderne Ausrüstung der Hamburger Polizei mit modernen Informationstechniken in den Einsatz- und Ermittlungsdienststellen, geeigneten Fahrzeugen und zeitgemäßem Zubehör einführen.
- 2 Wir werden dem Berufsbild des Polizisten den notwendigen Stellenwert in der Gesellschaft wieder verschaffen. Gut motivierte und gut ausgebildete Polizisten müssen angemessen bezahlt werden. Wir werden den gestiegenen Anforderungen an den Polizeivollzugsdienst durch entsprechende Besoldungs- und Aufstiegsmöglichkeiten gerecht werden. Die CDU wird die zweigeteilte Laufbahn bei der Polizei einführen.
- 3 Die Polizei muß in einer Zeit, in der sie mit immer anspruchsvolleren Aufgaben wie dem organisierten Verbrechen, der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität konfrontiert wird, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren. Wir werden die Polizei von nicht erforderlichen Aufgaben (z.B. beim Objektschutz) entlasten.
- 4 Wir werden Kriminal- und Schutzpolizei schnellstens an einem Revier zusammenfassen und damit die verfehlte Polizeireform rückgängig machen.
- 5 Die Justiz muß die bestehenden Gesetze konsequent anwenden und deren Strafrahmen auch voll ausschöpfen. Es darf nicht sein, daß von der Polizei festgenommene Täter von der Justiz oft deshalb wieder aus der U-Haft entlassen werden, weil es wegen der Überlastung der Gerichte nicht zu einem Verhandlungstermin innerhalb der gesetzlichen Frist kommen konnte. Das demotiviert auch die Polizei. Wir werden die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz verbessern, damit nicht die Erfolge der Polizisten durch Mißorganisation der Justiz konterkariert werden.
- 6 Wir werden die rechtswidrige Besetzung der Häuser in der Hafensstraße beenden.
- 7 Die Asylbeschlüsse von Bundestag und Bundesrat setzen wir ohne Verzug und mit größter Effizienz in Hamburg durch.

- 8 Zur Verbesserung der Sicherheit vor Ort werden wir ständige Polizeistreifen an besonderen, gefährdeten Brennpunkten einsetzen wie z.B. in Fußgängerzonen, in Bahnhöfen aber auch z.B. im Karo-Viertel, am Hansaplatz oder am Spritzenplatz in Ottensen.
- 9 Um die organisierte Kriminalität besser zu bekämpfen, werden wir uns dafür einsetzen, daß gesetzliche Möglichkeiten zum Abhören von Kriminellen in Wohnungen geschaffen werden. Dem dienen auch erweiterte Einsatzmöglichkeiten für Rasterfahndung, verdeckte Ermittler und die Umkehr der Beweislast bei Gewinnabschöpfung.
- 10 In den Hamburger Strafvollzugsanstalten sitzen mehr als 50 Prozent ausländische Straftäter. Wir werden die Möglichkeiten der Abschiebung, Auslieferung und der Verbüßung der Strafe im Heimatland strikter nutzen.
- 11 Das Vollzugspersonal muß den erhöhten Anforderungen des heutigen Vollzugsdienstes gerecht werden können. Wir werden besondere Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für die Beamten schaffen und eine Stellenhebung bei den Bediensteten vornehmen.
- 12 Die Berufsfeuerwehr war in Hamburg immer ein Stiefkind sozialdemokratischer Politik. Dabei sind die Feuerwehrleute ein wichtiger Bestandteil der Inneren Sicherheit. Die Hamburger Feuerwehren müssen die modernste und schnellste Feuerwehr in Europa werden, daher wird die CDU deren Leistungsfähigkeit weiter verbessern und den Beruf des Feuerwehrmannes wieder attraktiver machen.

Wohnen und Stadtentwicklung

- 13 In Hamburg herrscht Wohnungsnot: Weit über 50.000 Mitbürger suchen eine Wohnung. 1992 waren über 10.000 Menschen als dringlich Wohnungssuchende amtlich anerkannt. Notwendig ist auf Landesebene ein grundlegender wohnungspolitischer Kurswechsel. Wir werden zur Bekämpfung dieser Wohnungsnot in den nächsten vier Jahren mindestens 40.000 Wohnungen bauen, davon 28.000 als öffentlich geförderte Neubauwohnungen.
- 14 Wir werden Eigentum im sozialen Wohnungsbau stärker fördern. Wer im sozialen Wohnungsbau selbst für Wohnraum sorgt, soll nicht gegenüber Vermietern benachteiligt werden. Wir wollen, daß auch Bürger mit kleinem Einkommen und junge Fami-

- lien sich eigene vier Wänden leisten können. Sie sollen nicht mehr bezahlen müssen als für eine Sozialmietwohnung. Deswegen wollen wir die Förderungshöhe dem Einkommen entsprechend gestalten. Die Mieter städtischer Wohnungen sollen ihre Wohnung zu erschwinglichen Preisen kaufen können, auch über Mietkauf.
- 15 Die Fehlbelegungsabgabe wird sozial gerecht an die Vergleichsmiete herangeführt. Einnahmen aus dem Verkauf von Wohnungen an ihre Mieter und die Fehlbelegungsabgabe werden zum Bau neuer Wohnungen verwendet.
 - 16 Wir werden eine neue Form der Förderung sozialer Mietwohnungen einführen, mit der durch Kombination von Objekt- und Subjektförderung Wohnraum entsprechend Einkommen und Haushaltsgröße erschwinglich gemacht wird.
 - 17 Viele städtische Wohnungen, insbesondere der SAGA, verfallen. Wir wollen den Instandsetzungstau von über 500 Mio DM zügig abbauen.
 - 18 Hamburg gehört zu den Schlußlichtern in der Versorgung mit Studentenwohnraum. Der Bau von Studentenwohnheimen muß zügig vorangetrieben werden.
 - 19 Um schneller Wohnraum zu schaffen, wird das Baubeschleunigungsgesetz in vollem Umfang angewendet werden (verkürzte Verfahren, vereinfachte Genehmigung).
 - 20 Für Wohnungsbau sind Bebauungspläne nötig. Sie sollen - u.a. durch stärkere Verlagerung auf die Bezirke im Rahmen der Verwaltungsreform - schneller als bisher erstellt werden.
 - 21 Der Flächennutzungsplan von 1973 ist völlig überaltert. Wir werden einen neuen Flächennutzungsplan erarbeiten, der mit Landschaftsprogramm und Generalverkehrsplan zu einem abgestimmten Planwerk verbunden ist. Dies ist auch zur Sicherung der Flächen für Wohnungsbau, Arbeitsplätze und Natur in den kommenden Jahren unerläßlich.
 - 22 Um Hamburg als lebenswerte und grüne Stadt zu erhalten, werden wir ein "Grünes Netz" schaffen, das die Naturgebiete durch "Hauptstraßen für die Natur" verbindet und erhält.
 - 23 Kleingärten sind für uns weder beliebig disponierbar, noch generell tabu. Wir werden den Kleingartenbestand unter sozialen und stadtplanerischen Gesichtspunkten überprüfen. Wir wollen die Einbettung der Kleingärten in das "Grüne Netz". Die

Kleingärten werden dort unter unseren besonderen Schutz gestellt, wo dies sozial erforderlich ist.

- 24 Neue große Wohnprojekte (z.B. Süderelbe mit Wohnungen für ca. 20-30.000 Menschen) wollen wir nach heutigen Stadtplanungskriterien (Einbeziehung von Umweltschutz, Verkehrsvermeidung, Integration von Wohnen und Arbeiten, städtebauliche Verhinderung neuer sozialer Brennpunkte) gestalten.
- 25 Wir wollen städtebauliche Wunden heilen und neue Innenstadtflächen für Arbeit und Wohnen durch unterirdische Verlagerung der Ost-West-Straße/Ludwig-Erhard-Str. schaffen. Die Finanzierung wird durch Verkauf von Teilflächen ermöglicht. Der Verödung bestimmter Teile der City muß vorgebeugt werden.
- 26 Die Verlagerung des Verkehrsflughafens Fuhlsbüttel auf das Hamburg bereits gehörende Gelände in Kaltenkirchen halten wir aus Gründen der Stadtentwicklungspolitik und der Verkehrspolitik für notwendig. Die Kapazität in Fuhlsbüttel ist in absehbarer Zeit erschöpft, Hamburg braucht das Gelände des Flughafens Fuhlsbüttel in Zukunft für neue Wohnungen und Gewerbebetriebe. Die Luftwerft bleibt erhalten, das Messegelände kann aus der Innenstadt nach Fuhlsbüttel verlagert werden.

Verkehr und Hafen

- 27 Hamburg braucht eine neue Verkehrspolitik als Bestandteil der Stadtentwicklungsplanung. Der Generalverkehrsplanentwurf von 1974 wurde nie beschlossen, aktuelle Stadtentwicklungspläne gibt es nicht. Wir werden daher zunächst einen neuen Generalverkehrsplan und regionale Verkehrspläne vorlegen, die Bestandteil einer einheitlichen Stadtentwicklungsplanung sein werden.
- 28 Wir fordern eine Priorität für den lebenswichtigen Wirtschaftsverkehr. Dazu gehört u.a. daß Gewerbetreibende mit wichtigen Servicefunktionen für die Nahversorgung ihre Kunden auch tatsächlich mit einem vertretbaren Zeitaufwand erreichen können. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen müssen die Versorgungs- und Serviceanforderungen der Innenstadt und Stadtteilzentren berücksichtigen. Der ungehinderte Zugang für Rettungsfahrzeuge und Peterwagen muß gewährleistet sein.

- 29 Sicherheit und Sauberkeit sollen die öffentlichen Verkehrsmittel wieder attraktiv machen. Deswegen wollen wir den Aufbau eines integrierten Sicherheits- und Service-Dienstes. Geisterbahnhöfe lehnen wir ab. Wir wollen eine weitere Taktverdichtung.
- 30 Hamburg muß wieder neue Bahnstrecken (U/S/Stadtbahn) bauen. Besondere Priorität haben für uns die Linien nach Steilshoop/Bramfeld, Lurup/ Osdorfer Born, Schnelsen/Niendorf/Uni. Erforderlich ist der äußere Bahnring. Dieser schafft dringend nötige Querverbindungen, erschließt die Großsiedlungen, Einkaufszentren sowie Gewerbegebiete der äußeren Stadt und dient als betriebliches Rückgrat für ein Stadtbahnsystem auf eigener Trasse. Die Bahnstrecke Bergedorf-Geesthacht soll für den Personenverkehr wieder in Betrieb genommen werden.
- 31 Das Busnetz soll neu konzipiert werden (Express-, Stadt-, Quartiersbusse). Taxen sollen stärker in den öffentlichen Nahverkehr integriert werden.
- 32 Schnellfähren auf der Unterelbe und die Einrichtung von Park & Ship (u.a. in Altenwerder) sollen neue Alternativen zum Auto geben.
- 33 Das P+R-System soll, vorzugsweise an Knotenpunkten von Autobahn und Bahn (z.B. Billwerder-Moorfleet) und im Umland, ausgebaut werden. Die Wegweisung soll verbessert werden.
- 34 Wohnungsnahe Arbeitsplätze sollen gefördert werden, um die Verkehrsaufkommen der Stadt zu reduzieren.
- 35 Heute ist nicht mehr die Zeit für Verkehrsberuhigung de Luxe. Statt teurer Poller, Nasen und Rückbauten wollen wir kostengünstige Abmarkierungen.
- 36 Wir wollen bessere Bedingungen für Fahrradfahrer: Ausbau und Erneuerung der Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten, sichere Kreuzungen.
- 37 Hamburg muß Entlastungsstraßen bauen (u.a. Umgehungen Finkenwerder, Rissen). Besonders belastete Straßenknoten (Kieler Straße, Wandsbek etc.) sollen entschärft werden. Wir treten ein für den Bau der 4. Elbtunnelröhre, die Ortsumgehung Fuhlsbüttel, den Ausbau des Swebenwegs, den Bau der A 26 und die Entlastung der Stadt vom Durchgangsverkehr durch einen Autobahnring um Hamburg.

- 38 Die Vertiefung der Untereibe ist zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Hafens unerlässlich. Der ökologische Ausgleich muß in Abstimmung mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein erfolgen. In Richtung Dresden und Prag muß die Oberelbe als zuverlässiger und umweltgerechter Verkehrsweg gestaltet werden.
- 39 Der bis zum Jahr 2000 um 50 Prozent steigende Containerverkehr im Hafen erfordert zwingend die Hafenerweiterung in Altenwerder. Für notwendige Erweiterungen innerhalb des Hafens ist aber auch das Flächenrecycling verstärkt zu betreiben.
- 40 Die CDU wird die Erreichbarkeit des Hafens erhalten und verbessern. Das anfallende Baggergut ist umweltgerecht zu entsorgen.
- 41 Zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Hafen ist das Übergewicht der staatlichen HHLA durch deren Privatisierung abzubauen.

Wirtschaft und Mittelstand

- 42 Die CDU wird die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Hamburgs für zukünftiges Wachstum gestalten. Dazu gehört die Umsetzung unserer Stadtentwicklungsvorstellungen und Verkehrspläne, die Vorlage eines dringend notwendigen Gewerbeflächenplans sowie das Erfüllen unserer schul- und hochschulpolitischen Forderungen. Für die CDU ist vorrangige Aufgabe der Wirtschaftsförderung, in Hamburg bereits tätige Betriebe in Hamburg zu halten und – unabhängig von ihrer Größe – ihren Bestand und ihre Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.
- 43 Um die Verkehrsströme der Zukunft lenken und bewältigen zu können, müssen die umweltfreundlichen Verkehrsträger Schiene und Wasserstraße gefördert werden. Dazu gehört die Schaffung von Güterverkehrszentren in Altenwerder und Allermöhe, um die Schnittstellen der Verkehrsträger zu optimieren. Dringend erforderlich ist auch der weitere Ausbau der Eisenbahnstrecken Hamburg – Büchen – Berlin und Hamburg – Hannover. Wir wollen die verbesserte Anbindung Hamburgs an die Ostseehäfen in Ostdeutschland, Polen und Rußland.
- 44 Hamburg hat im Vergleich zum Umland besonders hohe Steuern und Gebühren. Um die Neuansiedlung von Unternehmen zu erleichtern und Abwanderungen zu verhindern, darf die Gewerbesteuer nicht weiter erhöht werden. Gebühren sind durch die Privatisierung der öffentlichen Unternehmen und die damit verbundene Effektivitätssteigerung zu senken und ansonsten auf das zur Kostendeckung erforderliche Maß zu begrenzen.

- 45 Um zukünftige positive Entwicklungschancen der Metropole Hamburg zu ermöglichen, ist ein vielfältiger Branchenmix in unserer Stadt zu erhalten bzw. ggf. zu schaffen. Durch ihre Vermietungs- und Vergabepolitik muß die Stadt in enger Zusammenarbeit mit den Kammern und Verbänden ihren Beitrag zur Sicherung dieser Branchenvielfalt leisten. Die Wirtschaftspolitik muß diese Managementaufgabe für die gesamte Metropole wahrnehmen. So ist das produzierende Gewerbe bei der Vergabe von Gewerbeflächen vorrangig zu behandeln. Neue Gewerbeflächen sind sofort zu erschließen und bereitzustellen. Da derzeit die notwendigen Planungsinstrumente fehlen, muß ein Gewerbeflächenplan erstellt werden.
- 46 Die CDU setzt sich für die nachhaltige Förderung der Anwendung neuer Technologien ein.
- 47 Hamburg braucht zur Sicherung seiner Standortkraft und aus kulturellen, sportlichen und medienwirtschaftlichen Gründen eine Mehrzweckhalle. Die CDU wird sie auf einem geeigneten Standort in Zusammenarbeit mit privaten Investoren errichten.
- 48 Der Hamburger Mittelstand muß durch die verstärkte Vergabe von öffentlichen Aufträgen gefördert werden. Daher sind alle Aufträge auch der öffentlichen Unternehmen auf ihre mögliche Vergabe an mittlere Unternehmen zu prüfen. Großaufträge sind notfalls durch Planungsbüros in einzelne Gewerke zu teilen.
- 49 Bei der Neuansiedlung von Unternehmen müssen mittelständische Unternehmen des produzierenden Gewerbes Vorrang haben. Auch in neuen Wohngebieten müssen kleine wohnverträgliche Gewerbehöfe zur Ansiedlung insbesondere von Handwerksbetrieben geschaffen werden.

Arbeitsmarkt und Qualifizierung

- 50 Die Hamburger CDU wird einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbindung von Beschäftigung und Qualifizierung legen. Unsere Qualifikationspolitik wird bereits im beruflichen Vorfeld wie an Schulen und Berufsschulen ansetzen. Ziel unserer Schulpolitik wird unter anderem sein, die hohe Zahl der Hauptschul- und Berufsschulabbrecher zu senken.
- 51 Sozialhilfempfängern und den Problemgruppen werden wir eine Chance auf Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen.
- 52 Die Zusammenarbeit mit und zwischem dem Arbeitsamt, Kammern und Verbänden

der Privatwirtschaft auf dem Gebiet der Fortbildung und Umschulung wird verbessert.

- 53 Um die Effektivität der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (ABM, FuU und LKZ) zu steigern, werden wir diese miteinander vernetzen und zusammen mit der freien Wirtschaft Programme entwickeln und fördern, die arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit Praktika in Betrieben und Unternehmen verbinden.
- 54 Die CDU wird Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bevorzugt an private Betriebe vergeben. Erfolgreich arbeitende Beschäftigungsträger werden wir finanziell und personell fördern. Gleichzeitig wird die Monopolstellung der großen Beschäftigungsgesellschaften HAB und HWB abgebaut sowie ein Controlling für Beschäftigungsträger des zweiten Arbeitsmarktes eingeführt.

Schule

- 55 Mehr Unterricht, weniger Verwaltung, mehr Verlässlichkeit, weniger Experimente: die CDU garantiert ein Schulangebot, bei dem die Schüler und ihre Belange wieder im Mittelpunkt stehen. Mit dem Unterrichtsausfall muß Schluß sein.
- 56 Bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode wird es in den allgemeinbildenden Schulen Hamburgs rund 14.000 Schüler mehr geben. Dafür sind mindestens 560 neue Klassenräume und 700 zusätzliche Lehrer erforderlich. Deshalb werden wir
- Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben entlasten und sie stärker im Unterricht einsetzen.
 - alle Möglichkeiten ausschöpfen, um sofort qualifizierte junge Lehrer an Hamburg zu binden, indem wir ihnen Perspektiven im Hamburger Schuldienst aufzeigen.
 - die Reserven zur Bekämpfung von Unterrichtsausfall gezielt und flexibel verfügbar machen,
 - die Lehrerbedarfe transparent machen, die Ausbildungskapazitäten anpassen und dafür sorgen, daß es nicht erneut zu einem gravierenden Lehrermangel kommt,
 - den Schulbau durch neue, unkonventionelle Entscheidungen beschleunigen, z.B. durch die Vergabe von größeren Bauvorhaben an private Bauträger und durch Anmietungsmodelle.

- 57 Unsere Schulen müssen ihren Erziehungsauftrag wieder stärker als einen wertorientierten Anspruch an Lehrer und Schüler im Zusammenwirken mit den Eltern wahrnehmen.
- 58 Die CDU wird die volle Halbtagsgrundschule mit nicht mehr als 24 Kindern pro Klasse schrittweise verwirklichen. Die Grundschule muß für Eltern wieder verläßlich sein.
- 59 Wir werden ab Klasse 3 Notenzeugnisse mit Berichten kombinieren und eine eingehende Beratung der Eltern für den Übergang in weiterführende Schulen sicherstellen.
- 60 Die CDU wird die Sonderschulen erhalten und weiterentwickeln. Integrationsmaßnahmen in Regelschulen ergänzen das Angebot. Auch den Eltern behinderter Kinder muß ein Recht auf die von ihnen gewählte Schulform zugesichert werden.
- 61 Das Elternrecht auf freie Schulformwahl muß allen Eltern und allen Schulformen gleiche Chancen gewähren, d.h. daß alle Schulformen vergleichbar ausgestattet werden müssen. Jeder junge Mensch muß die Chance haben, sein eigenes Anforderungsprofil herauszufinden, es zu entwickeln und innerhalb der vielfältigen Möglichkeiten seinen Platz in Schule, Berufsleben und im privaten Bereich zu finden.
- 62 Die Hauptschule muß sich wieder stärker an der Lebenswelt der Schüler orientieren, solide Kenntnisse vermitteln, Verhaltenssicherheit einüben und so den Hauptschulabschluß zu einem erreichbaren Ziel für alle machen. Er muß den Zugang zu den klassischen Handwerksberufen ermöglichen. Damit sind vielfältige Perspektiven für die private und berufliche Zukunft gegeben.
- 63 Die CDU wird den Realschulen durch eine eigenständige Profilbildung mit Wahl Schwerpunkten neue Attraktivität geben.
- 64 Wir werden uns für ein Gymnasium einsetzen, in dem auf der Grundlage einer vertieften und umfassenden Bildung nach achtjährigem Schulbesuch die allgemeine Hochschulreife erreicht werden kann. Das Abitur muß die Studierfähigkeit sichern und unter vergleichbaren Bedingungen abgelegt werden. Dazu ist es notwendig, daß das Gymnasium in seiner Ausstattung, seinen Arbeitsformen und in seinem inhaltlichen Anspruch dieser Zielsetzung gerecht wird.

- 65 Gesamtschulen werden mit vergleichbarer Personal- und Sachausstattung wie die Schulen des dreigliedrigen Schulwesens ihre spezifischen Aufgaben erfüllen können.
- 66 Die CDU wird sich dafür einsetzen, daß insbesondere Grund-, Haupt- und Realschulen die Möglichkeit erhalten, in einem geschlossenen Wohnumfeld als Ganztagschule zu arbeiten.
- 67 Wir wollen, daß Vielfalt, Qualität und Zielorientierung des beruflichen Schulwesens dazu beitragen, daß die berufliche Bildung zu einer attraktiven Alternative zu Abitur und Studium wird. Bildungs- und Beschäftigungschancen müssen wieder stärker aufeinander bezogen werden.
- 68 Die CDU wird allen Berufsschülern im Dualen System den vollen Unterrichtsanspruch gewährleisten. Wir werden die Ausstattung der Berufsschulen schneller den Lernanforderungen der Betriebe anpassen.

Hochschule

- 69 Wir werden uns dafür einsetzen, daß die seit Jahren überfällige Studienreform in allen Fachbereichen durchgeführt wird, um die Studienzeiten zu verkürzen. Damit einhergehen muß eine kontinuierliche Verbesserung der Lebens- und Studienbedingungen.
- 70 Die CDU wird die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit machen. Der Bau von Studentenwohnheimen muß zügig vorangetrieben werden. Um die Zahl der Studienabbrecher und Studienfachwechsler zu minimieren, werden wir die Studienberatung intensivieren.
- 71 Die Absolventen der Fachhochschule haben durchweg sehr gute Berufschancen, die Studienplätze sind begehrt. Wir werden die Fachhochschule ausbauen und weitere Studiengänge einführen.
- 72 Wir werden die Raumsituation an der Universität verbessern. Wir werden die Planungen für den Hochschulbau vorantreiben und den Hamburger 50 %-Anteil der Baukosten so rechtzeitig bereitstellen, daß die Bundesmittel zügig abgefordert werden können.

- 73 Die Forschung an den Hochschulen ist ein wichtiger Standortfaktor. Wir wollen die Forschungsbedingungen verbessern und Drittmittelforschung erleichtern.

Umwelt

- 74 Umweltpolitik steht als konkurrierendes Interesse häufig im Konflikt mit Wohnungsbau, Verkehr und Wirtschaft. Wir wollen, daß die Konflikte sachgerecht diskutiert und entschieden, aber nicht verschleppt werden. Im Landschaftsprogramm für Hamburg werden wir die Erfordernisse des Natur- und Umweltschutzes zusammenfassen.
- 75 In der Flächenplanung darf die Wohnbebauung nicht hinter ökologisch unbedeutenden Grünflächen zurückstehen. Wo Naturräume für die Biotopvernetzung (Grünes Netz) oder den Naturhaushalt bedeutsam sind, muß Natur auch in der Stadt Priorität haben.
- 76 Hamburgs Naturgebiete müssen besser vor Vandalismus und Naturschändung geschützt werden. Dafür wollen wir Naturwächter im Rahmen der gemeinnützigen Arbeit nach dem Sozialhilfegesetz einsetzen.
- 77 Um Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung und Verkehrsflächen flächensparend zu gestalten, muß insbesondere verdichtet werden: Aufstockung von Häusern, Nutzung von Baulücken, Überbauung von Parkplätzen, Straßen und Gleisen, Recycling brachliegender Flächen und sanierter Altlastflächen. Flächensparende, ökologische Bauweisen sollen gefördert werden.
- 78 An über 2000 Stellen Hamburgs besteht Verdacht auf Altlasten. Die Hälfte gehört der Stadt selbst. Doch nur für jede vierzigste Fläche gibt es ein Sanierungskonzept. Es müssen mehr als die bisherigen 300 Plätze untersucht werden; dann muß eine wirksame Prioritätenliste erstellt werden mit Angaben über Art, Umweltgefährdung, Sanierung, Finanzbedarf und Nutzungsmöglichkeit.
- 79 Ein Drittel der Hamburger Trinkwasservorräte ist gefährdet, u.a. durch Altlasten. Wir wollen:
- den Grundwasserschutz ausbauen, Wasserschutzgebiete zügiger ausweisen und Trinkwasser einsparen,
 - Brauchwasser nutzen und qualitätsbezogenes Grundwassermanagement entwickeln,

- Wasser aus sauberen Oberflächengewässern gewinnen,
 - die Grundwassergebühr ökologisch umgestalten und ihr Aufkommen für den Grundwasserschutz verwenden.
 - für einzelne Gewässer Sanierungspläne aufstellen.
- 80 Die Alster ist herrlich gelegener Mittelpunkt Hamburgs. Aber noch immer ist ihr Wasser getrübt, ergießen sich bei starken Regenfällen Milliarden von Litern aus den Abwasserkanälen in die Alster. Das Sanierungskonzept ist 11 Jahre alt, aber von 15 Rückhaltebecken ist erst eines fertig. Wir wollen die Alstersanierung beschleunigen.
- 81 Hamburgs Siele sind marode. Durch die Lecks wird das Grundwasser gefährdet. Einstürze machen Straßen unpassierbar. Wir halten eine vorausschauende Sielsanierung für nötig, die nicht erst auf Einbrüche wartet.
- 82 Der größte Berg Hamburger Mülls liegt in Mecklenburg: die Deponie Schönberg. Hamburg ist so sehr davon abhängig, daß bereits zwei Tage Aufnahmestop genügen, um in Hamburg den Müllinfarkt einzuleiten. Wir halten es für nötig,
- den Grundsatz "Vermeidung vor Verwertung vor Entsorgung" umzusetzen;
 - die Abfallpolitik gemeinsam mit den Nachbarländern festzulegen, Hamburgs Rechte an der MVA Stapelfeld einzufordern;
 - Hamburgs Klärschlamm und Müll zu verwerten, statt weiter von Schönberg abhängig zu sein;
 - auf neue Hausmülldeponien in Hamburg zu verzichten;
 - das Duale System der Wertstoffsammlung zu fördern statt zu hindern und die Überwachung der Verwertung durch Behörde und TÜV sicherzustellen;
 - in die Müllgebühren wirksame Anreize zu Vermeidung und Verwertung einzubauen.
- 83 Hamburg muß eine Energiepolitik betreiben, die die Versorgungssicherheit umweltverträglich gewährleistet und mit den anderen norddeutschen Ländern einschließlich Mecklenburg-Vorpommerns abgestimmt ist. Dazu gehört, die Kernenergie auf hohem Sicherheitsniveau so lange zu nutzen, bis neue, noch umweltschonendere Alternativen zur Verfügung stehen.
- 84 Energiepolitik muß aber den Kriterien des Klimaschutzes genügen. Darum werden wir
- die Beschlüsse von Rio, soweit sie Hamburg betreffen, zügig umsetzen,
 - Kraft-Wärme-Kopplung bei Fern- und Nahwärmesystemen fördern,

- ein Handlungskonzept zur Minderung des Kohlendioxidausstoßes um 30% in den nächsten 15 Jahren vorlegen,
- die stadteigenen Wohnungen und Gebäude nach einem Stufenplan energiesparend ausstatten und Niedrigenergiehäuser fördern,
- sowohl in Hamburg als auch gemeinsam mit den Nachbarländern mehr regenerative Energien (Wind- und Solaranlagen, Klärgas- und Klärschlammnutzung, Solarfassaden und Solardächer, Biomassenutzung, Geothermie) nutzen,
- die Wasserstofftechnologie fördern.

Soziales

- 85 Sozialpolitik in Hamburg muß wieder zur sozialen Gerechtigkeit beitragen. Deshalb wollen wir die Sozialpolitik in Hamburg neu gestalten. Wir wollen eine menschliche Stadt, in der die Bürger sich umeinander kümmern und füreinander sorgen. Wir wollen, daß staatliche Hilfen wieder bei den Menschen ankommen, die sie wirklich benötigen.
- 86 Es können und sollen nicht alle Probleme vom Staat gelöst werden. Deshalb werden wir Selbst- und Nachbarschaftshilfen sowie das ehrenamtliche Engagement stärker unterstützen und fördern.
- 87 Wir werden die selbständige Lebens- und Haushaltsführung älterer und behinderter Mitbürger sicherstellen. Dazu werden wir die ambulanten sozialen Dienste der Sozialstationen sowie der freigemeinnützigen und gewerblichen Anbieter finanziell absichern und um Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege ergänzen.
- 88 Wir werden Möglichkeiten zur gemeinnützigen Arbeit schaffen, um Sozialhilfeempfänger möglichst schnell in den Arbeitsalltag zurückzuführen.
- 89 Wir werden in Zusammenarbeit mit freien Trägern in allen Hamburger Bezirken Schuldnerberatungsstellen einrichten.
- 90 Wir müssen durch präventive Maßnahmen verhindern, daß immer mehr Menschen obdachlos werden. Daher werden wir den sozialen Wohnungsbau verstärken, die Fachdienststellen zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit fördern und Unterkünfte für Obdachlose bereitstellen.

Drogen

- 91 Wir werden den Schwerpunkt bei der Drogenbekämpfung auf Vorbeugung legen, da die Verhinderung von Sucht oberstes Ziel sein muß. Aus diesem Grunde lehnen wir auch die Einrichtung von Fixerstuben und eine Legalisierung harter und weicher Drogen ab.
- 92 Im Rahmen eines breiten Angebotes sozialer Begleitmaßnahmen werden wir speziell geschulte Mitarbeiter in den gefährdeten Stadtteilen einsetzen und dafür sorgen, daß die Betroffenen nicht weiter verelenden. Die Arbeit von freien Trägern und Selbsthilfegruppen werden wir verstärkt fördern.
Die Zahl der Entgiftungsplätze - bisher nur 48 bei 10.000 Drogenabhängigen in Hamburg - werden wir deutlich erhöhen und das Therapieangebot erweitern, insbesondere Methadonangebote ausbauen.
- 93 Rauschgifthandel ist einer der "erfolgreichsten" Bereiche des organisierten Verbrechens und muß konsequent bekämpft werden. Die CDU hält die Freigabe von sog. "weichen" Drogen für eine gefährliche Illusion. Bereits die Bezeichnung "weiche" Droge verharmlost die großen Gefahren des Drogenkonsums und setzt die Hemmschwelle bei potentiellen Drogenkonsumenten herab. Die Freigabe wäre damit der Beginn einer Kapitulation vor der Rauschgiftkriminalität. Wir werden Rauschgifthandel wirksamer bekämpfen, Dealer unnachsichtig verfolgen und ggf. sofort aus Deutschland ausweisen.
- 94 Wir werden dem steigenden Drogenkonsum in den Gefängnissen durch die Erweiterung des Methadonangebotes und von Therapiemaßnahmen entgegentreten und den Drogenhandel innerhalb der Anstalten entschlossen bekämpfen.

Gesundheit

- 95 Die immer stärker ausufernden Kosten im Gesundheitsbereich, der Pflegenotstand und die marode Bausubstanz vieler Kliniken verlangen nach neuen Ansätzen in der Hamburger Gesundheitspolitik.
- 96 Wir wollen das patientenfreundliche Krankenhaus, das seine Leistungen ökonomisch erbringt und selbstverantwortlich steuert.

- 97 Wir werden die großen Krankensäle abschaffen und patientenfreundliche, überschaubare Krankenzimmer mit Sanitärzonen schaffen sowie ausreichend Aufenthaltsräume mit angenehmer Atmosphäre einrichten. Bei den Modernisierungsmaßnahmen werden wir staatliche und gemeinnützige Krankenhäuser gleichberechtigt berücksichtigen.
- 98 Wir werden das Pflegepersonal von sachfremden Aufgaben, zum Beispiel durch den Einsatz von Stationssekretärinnen, entlasten, so daß es sich intensiver der Pflege und der Betreuung des Patienten widmen kann.
- 99 Wir werden im Rahmen eines Sonderprogrammes Wohnungen für Pflegekräfte in Kliniknähe bauen und die Zahl der Plätze in Betriebskindergärten mit dem Schichtdienst angepaßten Öffnungszeiten aufstocken, um die Entscheidung für den Pflegeberuf zu erleichtern.
- 100 Wir werden auf eine Reform der Krankenpflegeausbildung drängen, damit auch Jugendliche mit Hauptschulabschluß einen Pflegeberuf erlernen können und die Weiterbildung der Pflegekräfte verstärkt fördern.

Kinder und Jugendliche

- 101 Wir wollen den großen Veränderungen der letzten Jahre in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Große Teile Jugendlicher werden von den Angeboten nicht mehr erreicht. Wir wollen neue Angebotsformen in der Jugendarbeit.
- 102 Wir wollen Selbsthilfegruppen Jugendlicher und die Jugendverbandsarbeit deutlich stärken.
- 103 In der Kinderbetreuung wollen wir durch unbürokratische flexible Maßnahmen die Defizite - rund 25.000 Plätze fehlen in Hamburg - endlich abbauen und die Voraussetzungen für einen späteren Rechtsanspruch schaffen. Vorrangig sollen die neuen Plätze bei den kostengünstigeren Freien Trägern geschaffen werden.
- 104 Dazu werden wir zusätzliche Betreuungsangebote in Elternschulen, Spielplatzheimen, auf Bauspielplätzen sowie in Zusammenarbeit mit Sportverbänden und Betrieben einrichten.

- 105 Wir werden die Gründung weiterer Mütterzentren mit Kinderbetreuung fördern und den pädagogischen Mittagstisch ausbauen.
- 106 Tagesmütter sollen durch eine bessere finanzielle Ausstattung und einen Zuschuß zur Sozialversicherung gefördert werden.

Frauen

- 107 Die CDU wird die berufliche Gleichstellung in den Mittelpunkt ihrer Frauenpolitik stellen. Familienbegleitende und familiengerechte Qualifizierungsangebote für Frauen werden gefördert sowie entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Frauen unterstützt.
- 108 Um Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erleichtern, wird sich die Hamburger CDU für ein Verbundsystem mittelständischer Unternehmen einsetzen.
- 109 Wir werden frauen- und familiengerechte Angebote im öffentlichen Dienst ausweiten. Hierfür werden Kinderbetreuungsplätze sowie Teilzeitarbeitsplätze im öffentlichen Dienst eingerichtet.
- 110 Der Status der Frauenbeauftragten wird für alle Hamburger Behörden und Einrichtungen verbindlich geregelt; den Frauenbeauftragten werden Aufgaben und Kompetenzen zugewiesen, die sie in die Lage versetzen, wirksam an der Verwirklichung des Gleichstellungsgesetzes mitzuarbeiten.
- 111 Die CDU wird die Beratungs- und Hilfsangebote für Schwangere ausweiten. Da nicht alle Schwangerschaftsabbrüche von der Krankenkasse bezahlt werden, werden wir uns dafür einsetzen, daß Frauen mit geringem Einkommen im Rahmen der Beratung auch hierzu finanzielle Hilfestellung erhalten. Wir werden in Hamburg neben Pro-Familia auch die konfessionellen Beratungsstellen fördern und schwangere Frauen und junge Mütter bei der Vergabe von Sozialwohnungen vorrangig berücksichtigen.

Sport

- 112 Wir werden die Leistungskraft der Vereine stärken. Hierfür werden wir die Situation der Übungsstätten, der ehrenamtlichen Mitarbeiter und der Übungsleiter verbessern, notfalls auch durch gesetzliche Maßnahmen. Dadurch wird sichergestellt, daß der Breitensport kontinuierlich ausgebaut und der Leistungssport entsprechend gefördert werden kann.
- 113 Wir werden Schulsport und Talentsuche fördern. Begabten Sportlern werden wir Hilfen und Zuschüsse gewähren und ihre Betreuung verbessern.
- 114 Hamburgs Hallen- und Freizeitbäder müssen attraktiver gestaltet werden. Wir befürworten bedarfsgerechte Öffnungszeiten und werden die Ausstattung von Dusch- und Umkleidebereichen verbessern.

Kultur

- 115 Hamburg muß die Kulturmetropole des Nordens werden. Ein Schwerpunkt unserer Kulturpolitik wird die verbesserte Ausstattung der Museen sein.
- 116 Die Steigerung der staatlichen Zuschüsse für die Staatstheater werden den Rahmen der Tarif- und Preisentwicklung nicht überschreiten. Die Privattheater werden wir verstärkt fördern.
- 117 Das Kapital der Kulturstiftung wird mittelfristig aufgestockt. Die staatlichen Zuschüsse an die Kulturstiftung werden maximal im Verhältnis 1:1 zu dem Spendenaufkommen gewährt.
- 118 Wir werden die Hamburger öffentlichen Bücherhallen als regionale Kulturzentren sichern und angemessen ausstatten.

Kommunale Demokratie und Verwaltungsreform

- 119 Wir halten es für nötig, Parlaments- und Verfassungsreform sowie Verwaltungs- und Bezirksreform wegen des bestehenden Sachzusammenhanges parallel durchzuführen.
- 120 Wir wollen die Hamburger Bezirksverwaltung in die Verfassung verankern und den Bezirken alle Aufgaben, die nicht der Erledigung auf Landesebene bedürfen zur eigenverantwortlichen Erledigung übertragen.
- 121 Wir werden das Evokationsrecht des Senates auf gravierende Ausnahmefälle beschränken und seine Anwendung der Überprüfung durch das Verfassungsgericht zugänglich machen.
- 122 Wir werden den Bezirken das Recht geben, eigene Satzungen zu erlassen und ihnen die erforderlichen Haushaltsmittel global durch ein Gesetz zur Verfügung stellen, welches die Verteilungsmaßstäbe allgemein festlegt.
- 123 Wir wollen, daß der Bezirksamtsleiter durch die Bevölkerung unmittelbar gewählt wird. Die Dezernenten sollen von der Bezirksversammlung mit 2/3 Mehrheit in Anlehnung an das Magistratsprinzip gewählt werden.
- 124 Die Reform führt zu einer zweistufigen Verwaltung: Dem Senat stehen auf der regionalen Ebene die Bezirke gegenüber, die Orts- bzw. Kerngebietsebene entfällt. Um funktionierende örtliche Gemeinschaften zu erreichen, sind mehr als die heute vorhandenen 7 Bezirke erforderlich.

Neues Denken für eine solide Finanzbasis

- 125 Die deutsche Einheit hat Hamburg Zusatzeinnahmen in Milliardenhöhe gebracht. Die Gebühren wurden vom Senat überproportional angehoben. Dennoch ist die Schuldenlast gestiegen, da der Senat vor allem den Konsum und nicht Investitionen und Schuldenabbau finanziert hat. Die Gesamtverschuldung Hamburgs beträgt heute 27 Mrd DM. Um die Zukunft zu gestalten, dürfen diese Schulden nicht weiter steigen, sondern müssen reduziert werden.

- 126 Mehreinnahmen berechtigen zu Mehrausgaben; andererseits erfordern Minder-einnahmen Ausgabenbeschränkung. Die Finanzpolitik hat soviel Spielraum, wie die auf der Wirtschaftsentwicklung beruhenden Steuereinnahmen es zulassen. Auf Dauer dürfen die Zinsausgaben nicht schneller steigen als die Gesamteinnahmen, um die Investitions- und Zukunftsfähigkeit Hamburgs zu sichern. Mittelfristig haben wir das Ziel, die Nettokreditaufnahme auf Null zu senken.
- 127 Ein Einsparvolumen von über 500 Mio DM läßt sich durch eine konsequente und kritische Überprüfung der Haushaltsansätze sämtlicher Titel und zumindest eine Halbierung der Übertragung von Haushaltsresten realisieren.
- 128 Die von uns seit langem angemahnte, dringend notwendige Verwaltungsreform, durch die nicht nur eine Entbürokratisierung erreicht werden soll, sondern die auch bisher übliche Mehrfachbearbeitung einfacher Verwaltungsvorgänge abbauen soll, wird durch die "Entschlackung" Einsparungen bei den Personalausgaben von über 100 Mio DM pro Jahr erbringen. Weitere Einsparungen können durch die Reduzierung der Zahl der Senatoren erreicht werden.
- 129 Der Staatsapparat muß verkleinert werden, indem der Staat auf den Kern seiner Aufgaben beschränkt wird. Dazu ist zunächst zu klären, ob Aufgaben überhaupt notwendig sind. Wenn sie notwendig sind, ist zu fragen, ob sie effizienter als bisher erledigt werden können und von wem - vom Staat oder von Privaten - sie am besten erledigt werden können (beispielsweise liegen die laufenden Kosten der Kinderbetreuung in Einrichtungen Freier Träger deutlich niedriger als in den Kindertagesstätten der "Vereinigung").
- 130 Wir werden durch die Privatisierung von Staatsvermögen Mehreinnahmen erzielen. Die CDU wird Staatsvermögen, das nicht zum Kernbereich der Daseinsvorsorge gehört, dann privatisieren, wenn die bisherigen Erträge aus dem zu veräußernden Vermögen geringer sind, als die Zinsaufwendungen für notwendige Investitionen, die bisher vollständig durch Kredite finanziert werden.
- 131 Durch einen Abbau der überproportionalen Hamburger Staatsbeteiligungen z.B. bei der Hamburgischen Landesbank, bei den Hamburgischen Elektrizitätswerken u.a. ließen sich (ohne das sich Hamburg völlig aus den Unternehmen zurückzöge bzw. ohne die Mehrheitsbeteiligung bei der Landesbank aufgeben zu müssen) im Laufe der kommenden Legislaturperiode problemlos 500 Mio DM mobilisieren, um in staatlichen Einrichtungen in höherwertigen sozialen Bereichen (z.B.: notwendiger Schulbau) investiert zu werden.

- 132 Im Betriebshaushalt lassen sich an vielen Stellen Einsparungen realisieren: Durch eine konsequente Anwendung des Asylkompromisses lassen sich die Aufwendungen für Asylbewerber (derzeit fast 400 Mio DM p.a.) zumindest halbieren. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Kürzung der Sozialhilfesätze um 3 Prozent würde den Hamburger Haushalt um fast 70 Mio DM p.a. entlasten. Eine effektive Mißbrauchsbekämpfung würde die Einsparungen weiter deutlich erhöhen.
- 133 Die konsequente Einführung einer höheren Fehlbelegungsabgabe für besserverdienende Sozialmieter brächte mindestens 100 Mio DM Mehreinnahmen, die zur Wohnungsbauförderung eingesetzt werden könnten.
- 134 Die Ausgaben für von Fachbehörden jedes Jahr an Dritte vergebene Forschungs- und Gutachteraufträge (40 Mio DM) lassen sich aufgrund des in den Behörden vorhandenen Sachverständes problemlos halbieren.
- 135 Alle Empfänger staatlicher Zuwendungen (derzeit fast 1,2 Mrd DM p.a.; Steigerung von 1992 auf 1993: 10 Prozent) sind in die allgemeine Sparverpflichtung einzubeziehen. Die Steigerungsraten der Zuwendungen dürfen die allgemeine Preissteigerungsrate zukünftig nicht mehr überschreiten. Die Zahl der Plätze bei den – auch nach Angaben des Rechnungshofes – arbeitsmarktpolitisch ineffizienten Beschäftigungsgesellschaften (Zuschüsse an HAB und HWB: 80 Mio DM) muß reduziert werden.
- 136 Bestimmte Investitionsvorhaben, die zwar sinnvoll, aber zur Zeit nicht finanzierbar sind, müssen verschoben werden (z.B. Öffnung der Alten Süderelbe, Verlagerung der Justizvollzugsanstalt, Neubau von Verwaltungsgebäuden).
- 137 Mit der Verwirklichung dieser Einsparungen können die in diesem Wahlprogramm vorgesehenen Investitionen in Schwerpunktbereichen (z.B. Wohnungsbau) finanziert werden.
- 138 Alle finanzwirksamen Maßnahmen, die wir mit diesem Wahlprogramm fordern, stehen unter dem Vorbehalt einer soliden Finanzierung durch ein neues Denken in der Finanzpolitik. Wir realisieren nur, was wir auch bezahlen können.